

T a g e s o r d n u n g s p u n k t 9

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 24.05.2005

***Zunehmender Lkw-Verkehr im Ortsbezirk
Antrag der SPD-Fraktion:***

Der Magistrat wird gebeten, die zunehmende LKW-Belastung

***der Seerobenstraße und des ersten Rings (Westend: Dürerplatz bis Ringkirche)
und***

des zweiten Rings (Westend: Zietenring und Kurt-Schumacher-Ring)

kurzfristig durch Nachtfahrverbote zu reduzieren.

***Gleichzeitig wird gebeten, zur Reduzierung der Feinstaubbelastung ein
Verkehrskonzept zu entwickeln mit dem Ziel, besagte Strecken vom LKW-
Verkehr gänzlich, d. h., auch tagsüber, zu entlasten.***

Begründung:

***Es mehren sich die Klagen von Anwohnern, dass der LKW-Verkehr und damit
die Lärmbelastung in den werktäglichen Nachtstunden spürbar zugenommen
hat, seit für die Autobahnbenutzung durch LKWs Maut erhoben wird.***

***Die seit einiger Zeit diskutierten gesundheitlichen Gefahren durch die von
Dieselmotoren verursachte Feinstaubbelastung erfordert ohnehin für
Wiesbaden ein Verkehrskonzept, dass diese Gesundheitsrisiken für die
Wiesbadener Bürgerschaft deutlich reduziert, möglichst gänzlich beseitigt.***

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

***Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu
ergreifen, den seit Mauteinführung auf den Bundesautobahnen stark
gewachsenen Schwerlastverkehr im Stadtgebiet und insbesondere im dicht
besiedelten Westend zu reduzieren, um seiner Verantwortung gerecht zu
werden, die Bürgerinnen und Bürger vor einer gestiegenen gesundheitlichen
Gefährdung zu schützen.***

Begründung:

Seit 1991 (Auskunft: Hr. Wedig Straßenverkehrsbehörde) besteht eine Sperrung der Platterstraße für LKW über 7,5 t Gesamtgewicht. Seit Einführung der Maut auf den Bundesautobahnen ist ein deutlich verstärktes Aufkommen an Schwerlastverkehr festzustellen, der über "Unter den Eichen", Albrecht-Dürer-Straße, Durerplatz, Emserstraße/Seerobenstraße/2. Ring in bzw. um die Innenstadt fährt und dies auch in Gegenrichtung. Dies ist insbesondere aus gesundheitlichen Gründen für die Bürgerinnen und Bürger eines am dichtesten besiedelten Stadtteils nicht hinnehmbar.

—
—

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat wird gebeten, die zunehmende LKW-Belastung

- a) der Seerobenstraße und des ersten Rings (Westend: Dürerplatz bis Ringkirche) und
- b) des zweiten Rings (Westend: Zietenring und Kurt-Schumacher-Ring)

kurzfristig durch Nachtfahrverbote zu reduzieren.

Gleichzeitig wird gebeten, zur Reduzierung der Feinstaubbelastung ein Verkehrskonzept zu entwickeln mit dem Ziel, besagte Strecken vom LKW-Verkehr gänzlich, d. h., auch tagsüber, zu entlasten.

Begründung:

Es mehren sich die Klagen von Anwohnern, dass der LKW-Verkehr und damit die Lärmbelastung in den werktäglichen Nachtstunden spürbar zugenommen hat, seit für die Autobahnbenutzung durch LKWs Maut erhoben wird.

Die seit einiger Zeit diskutierten gesundheitlichen Gefahren durch die von Dieselmotoren verursachte Feinstaubbelastung erfordert ohnehin für Wiesbaden ein Verkehrskonzept, dass diese Gesundheitsrisiken für die Wiesbadener Bürgerschaft deutlich reduziert, möglichst gänzlich beseitigt.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, den seit Mauteinführung auf den Bundesautobahnen stark gewachsenen Schwerlastverkehr im Stadtgebiet und insbesondere im dicht besiedelten Westend zu reduzieren, um seiner Verantwortung gerecht zu werden, die Bürgerinnen und Bürger vor einer gestiegenen gesundheitlichen Gefährdung zu schützen.

Begründung:

Seit 1991 (Auskunft: Hr. Wedig Straßenverkehrsbehörde) besteht eine Sperrung der Platterstraße für LKW über 7,5 t Gesamtgewicht. Seit Einführung der Maut auf den Bundesautobahnen ist ein deutlich verstärktes Aufkommen an Schwerlastverkehr festzustellen, der über "Unter den Eichen", Albrecht-Dürer-Straße, Durerplatz, Emserstraße/Seerobenstraße/2. Ring in bzw. um die Innenstadt fährt und dies auch in Gegenrichtung. Dies ist insbesondere aus gesundheitlichen Gründen für die Bürgerinnen und Bürger eines am dichtesten besiedelten Stadtteils nicht hinnehmbar.

(antragsgemäß)

Beschluss Nr. 0049

+

+

Verteiler:

Bischoff
Ortsvorsteher